

## Achtung!

Zahle **Höchstpreise**  
für alle **Autos**.  
Komme bei Ihnen  
vorbei.

Telefon 044 822 26 11

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

### Eidgenössische Politik

Wenn Polen der EU  
trotzt, freut sich  
Helvetia.

Seite 2

### Kanton Zürich

Rollenverständnis  
und Parteipolitik

Seite 3

### Aktuell

Allerheilmittel  
Fernwärme?

Seite 4–5

### Winterthur

Erschliessungsstrasse  
Neuhegi-Grüze

Seite 6

### Veranstaltungs-Tipp

Aktuelles aus  
Bundesbern  
8. November

Seite 8

ABSTIMMUNGSWOCHENENDE VOM 28. NOVEMBER

## JA zur Vernunft – NEIN zum missratenen Energiegesetz!

Am 28. November entscheidet sich, ob die Zürcher Energiepolitik wie in den letzten Jahren erfolgreich auf den technischen Fortschritt, die Freiwilligkeit und die ökonomische Tragbarkeit setzt oder die von Ideologie und moralischer Überheblichkeit geprägte Klimaallianz dem Zürcher Volk ein von Bevormundung und Bürokratie geprägtes Energiegesetz aufbürdet.



**Achtung:** Mit dem Energiegesetz drohen Zwangs-Kündigungen und Zwangs-Verkäufe.

Das neue Zürcher Energiegesetz bringt für den Gebäudesektor strengere Auflagen als das am 13. Juni dieses Jahres vom Schweizer Stimmvolk abgelehnte CO<sub>2</sub>-Gesetz!

Anstatt den Volksentscheid zu respektieren, wird nun im Kanton Zürich versucht, eine Regelung durchzuzwängen, welche mit dem einzigartigen «Züri-Finish» sogar über die bereits strengen Mustervorschriften der Kan-

tone (MuKEn 14) hinausgeht. Der grüne Baudirektor will mit diesem Gesetz ein Zeichen setzen, es geht dabei viel mehr darum, einen persönlichen Legislaturerfolg auszuweisen als einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dass dies schlecht ankommt, zeigt bereits die überaus erfolgreiche Unterschriftensammlung zum vom Hauseigentümerversand und der SVP ergriffenen Referendum.

### Fortschritt statt Symbolpolitik!

Die Schweiz trägt rund 0,1%, Tendenz abnehmend, zum globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoss bei, etwa ein Fünftel, also 0,02% sind dem Kanton Zürich zuzuschreiben, davon stammen etwa 40% aus dem Gebäudesektor. Der Kanton Zürich will nun mit dem restriktiven Gesetz das Weltklima im Alleingang retten mit weitreichenden Folgen für die Bevölkerung in unserem Kanton. Statt auf

Fortschritt setzen die Befürworter auf ideologisch befeuerte Symbolpolitik.

Seit 1990 konnte der Treibhausgasausstoss im Gebäudebereich um 34,5% gesenkt werden, dies bei einer Bevölkerungszunahme von 26,3% und einer um 46% vergrösserten Wohnfläche im selben Zeitraum. Die Hauseigentümer nehmen ihre Verantwortung für das Klima und die Umwelt also längst wahr. Diese Entwicklung ist zu begrüßen und wir wollen sie nicht aufhalten. Sie zeigt, dass dafür keine verschärften Gesetze notwendig sind. Die liberale Praxis von Freiwilligkeit und Eigenverantwortung hat sich bewährt. Das Gesetz schafft mit Zwang und Bevormundung hingegen eine Reihe von Problemen.

Denn trotz komplizierten und unklaren Härtefall- und Ausnahmeregelungen stellt das Gesetz viele Liegenschaftsbesitzer vor grosse Herausforderungen mit sozialen Folgen, auch für die Mieter.

### Unabsehbare Folgen für Hauseigentümer und Mieter

Insbesondere Senioren mit älteren Liegenschaften werden beim Ausfall der Heizung plötzlich mit hohen ungeplanten Sanierungskosten konfrontiert, obwohl sich eine Handänderung in naher Zukunft bereits abzeichnet. Sie wollen und können nicht in ein Objekt investieren, welches ohnehin in ein paar Jahren um- oder neugebaut wird, schliesslich werden sie, staatlich verordnet, aus ihrem Eigenheim vertrieben.

Auch bei älteren Mehrfamilienhäusern mit seltenem günstigem Wohnraum, gerade im Kanton Zürich, ist es mit einem einfachen Heizungsersatz meist nicht getan. Um die Heizleistung mit erneuerbaren Energien zu erreichen, sind weitere aufwendige Sanierungen notwendig oder die Gebäude werden

gleich abgerissen und neu gebaut. Mit direkten Folgen für die Mieter, welche Leerkündigungen und Mietzinserhöhungen zu tragen haben.

Gewerbeliegenschaften von KMU sind ebenfalls direkt betroffen. Diese oftmals komplexen Gebäude (Werkstatt, Showroom, Autogarage, Galerie etc.) lassen sich, wenn überhaupt, nur mit hohen Investitionen so sanieren, dass diese mit erneuerbaren Energien beheizt werden können. Kleinere Betriebe werden dadurch existenziell gefährdet.

Weitere Elemente des überbordenden Gesetzes sind der Solarzwang bei Neubauten oder das Verbot von Elektroheizungen ab 2030.

### Den ideologischen grünen Trend brechen

Die Ablehnung des eidgenössischen CO<sub>2</sub>-Gesetzes hat gezeigt, dass die Bürger nicht bereit sind, die überambitionierten Klimaziele der Behörden um jeden Preis mitzutragen. Sie erwarten zu Recht, dass die Massnahmen zur weiteren Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz ökonomisch tragbar sein müssen und in einem vernünftigen Verhältnis zum angestrebten Nutzen stehen.

Das Gesetz ist eine Zwängerei, es ist nutzlos, unsozial und bürokratisch, nutzen wir die Chance, die grüne Ideologie in die Schranken zu weisen – daher NEIN zum missratenen Energiegesetz.



**Christian Lucek**  
Kantonratsrat SVP  
Vizepräsident Kommission für Energie Verkehr und Umwelt (KEVU), Dänikon



### Einladung zur Behördentagung der SVP des Kantons Zürich

### Thema: «Blackout – Fiktion oder bald Wirklichkeit?»

**Datum:** 27. November 2021

**Zeit:** 08.30 Uhr

**Ort:** Restaurant Rössli, Kempthalstrasse 52, 8308 Illnau

**Parkplätze:** Genügend vorhanden

**Wichtig:** Es gilt Zertifikatspflicht

**Referent:** Herbert Saurugg, internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV)

**Anmeldung:** <https://www.svp-zuerich.ch/tagung/> oder mit QR-Code

**Anmeldeschluss:** 19. November 2021



Christoph  
Mörgeli

## Ein Korrespondent im Abseits

Zu den borniertesten Journalisten, die fürs Ausland über die Schweiz berichten, gehört Johannes Ritter. Der Deutsche wohnt in Zürich und berichtet von hier aus regelmässig als Korrespondent für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» (FAZ). Und zwar genauso, wie sich der bundesrepublikanische Bildungsbürger unser Land vorstellen soll. Am Freitag betitelte Ritter für sein deutsches Publikum einen grossen Artikel so: «Die Schweiz im Abseits».

Fürchterlich seien die «ernsten wirtschaftlichen Folgen» und der «hohe Preis», den die Schweiz wegen des Abbruchs der Verhandlungen mit der EU bezahle. So Johannes Ritter ohne Furcht, aber mit viel Tadel: Die «nationalkonservative» SVP sei sowieso gegen jegliche Annäherung, die «protektionistische» SP wehre die ausländische Konkurrenz ab, die FDP und die Mitte/CVP reagierten «hasenfüssig aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen an die SVP».

Korrespondent Johannes Ritter kann von Tod und Teufel nicht genug bekommen: Er spricht vom «Horrorszenario» eines Schweizer Strommangels ohne EU-Anbindungsvertrag. Wie wenn dieser Strommangel in seinem deutschen EU-Vaterland nicht längst Realität wäre, muss es doch zehn Prozent seines Strombedarfs importieren. Ritter droht mit «Engpässen in der Gesundheitsversorgung». Während Tag für Tag deutsches Gesundheitspersonal Richtung Schweiz wegzieht. Die Zahl der Deutschen in der Schweiz hat sich seit 1995 fast vervierfacht – und alle brauchen Strom. Dabei befindet sich unser Land gemäss Johannes Ritter von der aufgeblasenen Gestalt seit 1992 «im Abseits», nämlich ohne EU-Ankettung. Seltsam, dass dennoch so viele seiner Landsleute dieses «Abseits» gefunden und sich im «Abseits» ganz gut eingelebt haben. Künftig könnten wegen mangelnder EU-Unterwerfung «erstklassige Wissenschaftler» abwandern, droht Ritter. Doch noch hat kein einziger der vielen deutschen Professoren deswegen die Koffer gepackt. Auch nicht der lärmende «FAZ»-Korrespondent. Für Johannes Ritter gilt das Dichterwort: «Was rühmst Du Deinen schnellen Ritt. / Dein Pferd ging durch und nahm Dich mit.»

WEITERER SIEG VON CLAUDIO SCHMID

## Gegen eine übereifrige Staatsanwaltschaft

Einmal mehr bereitete Kantonsrat Claudio Schmid einer Staatsanwaltschaft eine Niederlage. Leider dürfte dieser jüngste Erfolg deren Rachegeilheiten weiteren Schub verleihen.

Claudio Zanetti  
Alt-Nationalrat  
Gossau (ZH)

Dummes Geschwätz über einen politisch brisanten Fall in einem öffentlichen Lokal durch einen intellektuell überforderten Staatsanwalt. Überführung eines Nationalbankpräsidenten, der privat mit Währungen spekulierte. Freigang eines verwahrten Straftäters, der sich freimütig interviewen lässt. Kaum jemand liess die Staatsanwaltschaft in so vielen Fällen alt aussehen wie Claudio Schmid.

Er brachte Staatsanwälte um ihren Zusatzverdienst als Richter. Einen gab er der Lächerlichkeit preis, weil dieser – offenbar in ungenügender Kenntnis der Rechtslage – mit grossem Eifer in einer Sache aktiv wurde, die gar nicht strafbar ist.

Einen anderen führte er vor, indem er ihn der Nötigung überführte, was er durch Aufzeichnung der Einvernahme bewies, was jener fälschlicherweise für verboten hielt, da er nicht zwischen privat und öffentlich zu unterscheiden verstand.

Doch Schmid kämpft nicht nur in eigener Sache und als Politiker. Er hilft auch gerne und häufig Menschen, die sich wegen Kleinigkeiten oder irgendwelcher unbedachter Aussagen im Internet im Visier der Staatsanwaltschaft



Wer so engagiert für die Rechte und Freiheiten des Individuums einsteht wie Claudio Schmid, hätte im Grunde eine Auszeichnung wie den «Prix Courage» verdient.

wiederfinden. So auch im Fall eines kaum volljährigen Thurgauer Jungpolitikers, der auf die harte Tour zu spüren bekam, was es bedeutet, wenn die Staatsmacht die «Argumentation» von Shit-Stürmern übernimmt.

### Gezwitscher, mehr nicht

Der junge Mann setzte einen Tweet mit folgendem Inhalt ab: «Wenn es erlaubt würde, dass das Kinderadoptionsrecht

auch für Homosexuelle gelten würde, kann das Pädophilie fördern, wie es auch schon der Biologe Prof. Dr. U. Kutschera sagte.»

Die Aussage, die gemäss Qualitätsjournaliste für «Schock und Entsetzen» sorgte, ist zwar durch Konjunktiv, «kann» und die Berufung auf eine akademische Autorität abgeschwächt, aber wenn die Meute einmal Blut gerochen hat, gibt es kein Halten mehr.

ES KRACHT IM EU-GEBÄLK

## Polen bietet Brüssel die Stirn

Brüssels herrisch vorgetragener Anspruch, dem EU-Gerichtshof die oberste, von keinem EU-Mitgliedstaat anfechtbare Rechtshoheit einzuräumen, wird von Polen offen bestritten.

Ulrich Schlüer  
Alt-Nationalrat  
Flaach

Das höchste Gericht Polens, das Verfassungsgericht dieses EU-Mitgliedstaats, hat unter Berufung auf Polens Verfassung dem EU-Gerichtshof den Vorrang vor dem in Polen gültigen Landesrecht abgesprochen. Insbesondere in Fragen der Landeskultur könne Polen die Unterwerfung unter EU-Recht nicht einfach dekretiert werden.

Brüssel reagiert auf diesen Entscheid höchst aufgebracht. Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, will Polen Millionenbeiträge sperren:

Brüssels Befehlsgewalt lasse landesrechtliche Sonderzüge keinesfalls zu.

### Beharrung wirft hohe Wellen

In den Medien wirft Polens Beharrung auf rechtliche Eigenständigkeit hohe Wellen. Allerdings dominiert Parteinahme, nicht Berichterstattung. Die Schweizer Medien stehen vorbehaltlos aufseiten umfassender Zentralisierung allen Rechts bei der EU – wohl auch, weil der Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und der EU genau an diesem EU-Anspruch auf Zentralisierung aller Rechtskompetenz in Brüssel gescheitert ist – zum grossen Leidwesen der stur auf Brüssel ausgerichteten Schweizer Medien.

### Die Rechtslage

Auch in der EU entwickelt sich der unbedingte Anspruch Brüssels, oberste

Rechtsinstanz in Europa zu sein, zur Zerreihsprobe. So klar, wie die grossen Medien unisono behaupten, ist die Lage keineswegs. Dies illustriert die Tatsache, dass die Europäische Union bis heute

«Insbesondere in Fragen der Landeskultur könne Polen die Unterwerfung unter EU-Recht nicht einfach dekretiert werden.»

nicht bereit ist, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) anzuerkennen, obwohl alle EU-Mitgliedstaaten diese Konvention gleich wie die Schweiz längst ratifiziert haben. Brüssel verweigert dies, weil die Unterschrift unter diese Konvention die EU verpflichten würde, die Oberhoheit des Strassburger Gerichtshofs für Menschenrechte in Menschenrechtsfragen anzuerkennen. Das verweigert Brüssel: Die EU will unter keinen Umständen ein Nicht-EU-Gericht als höchste Rechtsinstanz auch nur in einem Teilaspekt des Rechtswesens anerkennen. Daraus ergibt sich ein Zwiespalt: Kann Brüssel, das die EMRK nicht anerkennt, in Menschenrechtsfragen oberste Rechtsinstanz für sich in Anspruch nehmen gegenüber EU-Mitgliedstaaten, welche die EMRK anerkennen und damit dem Gerichtshof für Menschenrechte oberste Rechtsinstanz in Menschenrechtsfragen einräumen? Für Brüssel kommt Macht vor Recht – eine Haltung, der sich Polen offensichtlich nicht unterwerfen will.

### Der Stabilitätspakt

Macht vor Recht: Das gilt in Brüssel keineswegs bloss in Menschenrechtsfragen. In der EU ist – wenigstens auf dem Papier – noch immer jener Stabilitätspakt in Kraft, der die finanzielle

Ein Strafbefehl wurde erlassen: Eine bedingte Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu je 50 Franken bei einer Probezeit von zwei Jahren.

Zudem eine Busse von 300 Franken, 300 Franken Verfahrensgebühren und weitere 123 Franken Untersuchungskosten. Als Begründung wird angeführt, in dem Tweet würden «homosexuelle Menschen mithin als minderwertige Menschen dargestellt», was zu «einem feindseligen Klima» beitrage.

### Übersensible Staatsanwältin

Ganz offensichtlich war die übersensible Staatsanwältin so schockiert und entsetzt, dass sie vergass, im Strafgesetzbuch nachzulesen, was genau unter Strafe steht. Hätte sie das getan, hätte sie unter Artikel 261<sup>bis</sup> erfahren, dass es eine «gegen die Menschenwürde verstossende Herabsetzung oder Diskriminierung» braucht. Niemand wird behaupten wollen, das sei in diesem Fall erfüllt. Noch ist niemand gezwungen jede Lebensform gut zu finden.

Auch das Bezirksgericht Weinfelden, das den Jungpolitiker zwar freisprach, hätte sich darum die Bemerkung, der Tweet sei «sehr grenzwertig» sparen können. Wer unschuldig ist, braucht sich nicht von der Justiz mit Dreck bewerfen zu lassen.

Wer so engagiert für die Rechte und Freiheiten des Individuums einsteht wie Claudio Schmid, hätte im Grunde eine Auszeichnung wie den «Prix Courage» verdient. Leider ist er davon weit entfernt. Ja, schlimmer noch, die Staatsanwaltschaft nimmt ihre Niederlagen persönlich und sinnt offenbar auf Rache.

Zerrüttung des Euro-Raums verhindern sollte. Diesen Pakt liess Brüssel, als sich der Euro als marktuntauglich erwies, längst zur Makulatur verkommen. Alle in diesem Pakt als verbindliches Recht festgeschriebenen Regeln, welche den Euro-Raum vor Überschuldung bewahren sollten, hat Brüssel angeführt von Deutschland und Frankreich längst vorsätzlich gebrochen – ohne die Mitgliedländer (und nicht bloss deren Eliten) auch nur zu konsultieren.

Was Brüssel unternimmt, um den Euro am Leben zu erhalten, hat mit verbrieftem EU-Recht seit Jahren nichts mehr zu tun. Woche für Woche Milliarden an neuem Geld zu produzieren, mit dem die Europäische Zentralbank wertlose Staatspapiere faktisch bankrotter EU-Südländer zu deren fiktivem Nominalwert aufkauft, wird durch keinerlei EU-Recht auch nur annähernd gestützt.

In Brüssel gilt Macht vor Recht. Der tägliche Rechtsbruch mit unwägbareren Konsequenzen für die Bevölkerungen

«Die Schweizer Medien stehen vorbehaltlos aufseiten umfassender Zentralisierung allen Rechts bei der EU.»

aller EU-Staaten – das kümmert Brüssel seit Jahren nicht mehr. Zur Rettung faktisch konkursiter Staaten im EU-Süden hat Brüssel für ganz Europa Null- und Negativzinsen – also die skrupellose Beraubung aller Sparer – an allen demokratischen Regeln vorbei diktiert und durchgesetzt.

Ist denn, wer Rechtsinstanz für sich beansprucht, nicht mehr an verbrieftes Recht gebunden?

Wem an intakten Rechtsverhältnissen, an rechtsstaatlich verbindlichen Regeln liegt, der müsste dem Widerstand der Polen gegen die Zerrüttung des Rechts in Europa eigentlich applaudieren.



Dass die Farben rot und weiss die Nationalflaggen von Polen und der Schweiz prägen, hat Symbolkraft: Hier und dort lässt man sich nicht einfach unterjochen.

Bild Pixabay

AUS DEM KANTONS RAT

## Rollenverständnis und Parteipolitik

Das erste Geschäft war ein Paradebeispiel dafür, dass sich die Rollen des Parlaments, der Regierung oder in diesem Fall der Gerichte erheblich unterscheiden, sodass innerhalb ein und derselben Partei ganz unterschiedliche Haltungen zu einem Thema möglich sind.



**Romaine Rogenmoser**  
Kantonrätin SVP  
Bülach

Andreas Frei (SVP) hat in seiner Funktion als Präsident des Verwaltungsgewerkschaftsbundes begründet, weshalb das Gericht einen Stellenausbau für nötig befindet. Der Zugang zum Gericht sei erheblich vereinfacht worden, sodass die Fallzahlen in die Höhe geschneit sind. Eine gute und zuverlässige Rechtssprechung stelle einen wichtigen Standortvorteil dar für den wichtigsten Kanton der Schweiz. Die Kantonratsfraktionen der SVP und auch der GLP sahen indes keine Veranlassung für eine Stellenerhöhung. Es fehlten in der Weisung Ideen, wie denn die Arbeitsbelastung anderweitig reduziert werden könnte. Effizienzsteigerung scheint ein Fremdwort zu sein. Auch die unentgeltliche Prozessführung ist längst zu einem Instrument der Sozialpolitik verkommen, sodass auch aussichtslose Fälle durchexerziert werden. Am Ende stimmte die SVP dann der Version der Kommission zu, die nur eine Stelle zusätzlich beantragte.

**Anpassungen im Kantonsratsgesetz**  
Bei den nächsten Geschäften ging es um Anpassungen im Kantonsratsgesetz und im Kantonsratsreglement. SVP-Kantonrat Roman Schmid wies auf die verschiedenen Detailfragen hin.

Aus SVP-Sicht war insbesondere die «Kann-Formulierung» beim Thema Live-Übertragung diskussionswürdig. Mit der vorliegenden Gesetzesversion muss künftig zwingend eine Live-Übertragung stattfinden, was bei technischen Problemen oder auch Debatten, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden müssen, nicht zielführend ist. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass der Live-Stream sehr wenig genutzt wird, der Kantonrat also das ganze

Übertragungs-Brimborium nur für ganz wenige Leute durchspielt.

### Parlamentarische Initiativen

Der Einstieg in den Reigen der Parlamentarischen Initiativen machte eine PI aus dem bürgerlichen Lager zur Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für die Unternehmensentlastung. Marcel Suter, SVP-Kantonrat in der Wirtschaftskommission, machte denn auch klar: Für die SVP stehen weniger Bürokratie und eine Entlastung der Unternehmen und insbesondere der KMU ganz oben auf der politischen Prioritätenliste. Auch wenn nach Rückmeldung diverser Firmenverbände noch erhebliches Verbesserungspotenzial am vorliegenden Gesetz besteht, stimmt die SVP dieser PI zu.

### Herabsetzung der Grundstückgewinnsteuer

Weiter ging es mit einer PI zum Thema Grundstückgewinnsteuer. Maria Rita Marty, SVP-Kantonrätin, macht sich stark dafür, dass bei der Versteuerung von Grundstücken die Besitzdauer besser berücksichtigt wird, falls es zu einer Veräusserung kommt. Sie verlangt eine Herabsetzung der Grundstückgewinnsteuer im Verhältnis zur Besitzdauer.

Die Neidkultur seitens Links-Grün konnte die Überweisung nicht verhindern, da auch die FDP dieses Anliegen unterstützte.

Der politische Wind drehte mit der nächsten PI, die eine regelmässige Festsetzung der Vermögenssteuerwerte verlangt. Auch dies ein Trick aus der Kiste der Cüpli-Sozialisten, welcher vor allem Menschen im Rentenalter trifft, die Liegenschaften besitzen. So würden nämlich die Steuern für die Liegenschaftsbesitzer erhöht – eine Entwicklung, die die SVP wie immer ablehnt. Mit viel Glück wurde diese PI nicht überwiesen, da genau 1 Stimme für die nötigen 60 gefehlt hat. Wenigstens eine Schlacht, die wir nicht führen müssen.

SICHERUNG UNSERER ENERGIEVERSORGUNG

## Endlich weg von der Klimahysterie hin, zur realen Energiepolitik

Seit den Wahlen im Jahr 2019 dominiert die rot-grüne Klimabewegung die politische Agenda. Die Begrifflichkeiten wurden stufenweise verschärft. Zuerst war die Rede von Klimawandel, dann von Klimaerwärmung, Klimakatastrophe, Klimakrise und sogar Klimaapokalypse.



**Tobias Weidmann**  
Kantonrat SVP  
Hettlingen

Links-grüne Utopisten wurden ins Parlament gespült und erklärten uns unverblümt, wie man die Welttemperatur analog einer Wohnzimmerheizung zu regulieren hat. Das Zauberwort lautet Dekarbonisierung.

Doch genau dieser Aspekt der CO<sub>2</sub>-armen Energiegewinnung scheint bei der Energiestrategie 2050 in den Hintergrund gerückt zu sein. Die Kernenergie wurde im Keim erstickt, indem mittels Denkverbot jegliche Innovationskraft neuerer und günstigerer Kernkrafttechnologien abgewürgt wurden. Aber noch verhängnisvoller ist, dass die politischen Klimaaktivisten die Versorgungssicherheit der Schweiz aufs Spiel gesetzt haben.

### Klimaeuphorie führt zu Energiekrise

Sicherheitspolitik ist eine Kernkompetenz der SVP. Dazu gehört auch die Sicherung unserer Energieversorgung, die gegen unseren Willen sträflich vernachlässigt wurde. Bereits vor den Sommerferien hat die SVP-Kantonratsfraktion ein Postulat zur Strommangellage mit Unterstützung aller Parteien eingereicht. Langsam wird es auch ausserhalb der SVP klar, dass die Klimaeuphorie zur Energiekrise führen wird.

Das Gefährdungsdossier Strommangellage der nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz 2020» zeigt auf, dass eine Strommangellage den höchsten aggregierten Schaden in Milliardenhöhe verursachen könnte. Erschreckenderweise tritt eine Strommangellage mit hoher Wahrscheinlichkeit auf – sogar höher als eine Influenza-Pandemie. Eine Strommangel-



Die SVP setzt sich vehement ein für die Sicherung der Energieversorgung.

Bild Pixabay

lage kann von Wochen bis zu mehreren Monaten dauern und somit zu grossräumigen Stromausfällen (Blackouts) bis hin zu Netzzusammenbrüchen führen. Die Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft wären bei einer hohen Mangellage fatal und könnten für den Staat rasch ausser Kontrolle geraten. Unsere stark von Elektrizität abhängige Gesellschaft wäre in allen Bereichen schwerstens betroffen.

### Steigender Energiebedarf

Der Energiebedarf unserer Gesellschaft wird in Zukunft weiter steigen und die Situation noch verschärfen. Trotzdem will man mit dem illusorischen Energiegesetz auf 32 Prozent Kernenergie verzichten (Zum Vergleich: erneuerbare Energie 2,9%).

Wir brauchen aber künftig nicht eine geringere, sondern eine höhere Stromproduktion, um dem Wachstum der Bevölkerung, der Mobilitätsveränderungen und der Ablösung fossiler Energieträger gerecht zu werden.

Ziel muss sein, eine strukturelle Strommangellage zu verhindern, indem wir die Eigenproduktion erhöhen. Dabei müssen wir mehrheitlich auf eine unabhängige, verlässliche und in-

ländische Stromproduktion setzen. Dazu eignet sich vor allem die Kernkraft und die Wasserkraft. In den drei Wintermonaten, in welchen eine Strommangellage am wahrscheinlichsten ist, benötigt die Schweiz ca. 20 TWh. Die Speicherkraftwerke verfügen über 8 TWh. Um das Defizit von 12 TWh zu decken, brauchen wir eine Erhöhung der Wasserspeicherkapazität, vor allem aber technischen Fortschritt und Innovation in Form von Kernkraftwerken 4.0. Diese ermöglichen es uns, 95% des nicht verwerteten Urans (Isotop 238) der Brennstäbe der letzten 40 Jahren zu verwerten.

Damit hätte die Schweiz die Energieressourcen für ein Kernkraftwerk 4.0 für die nächsten 800 Jahre gesichert.

- Daher will die SVP ...
- die Kapazität von Speicherkraftwerken erhöhen, um Überschüsse aus erneuerbaren Energien für die Wintermonate zu speichern
  - den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft und Kernkraft 4.0, fördern
  - eine politisch motivierte, vorzeitige Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke verhindern.

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

## Blackout verhindern – SVP wählen!

Erinnern wir uns: Am 21. Mai 2017, also vor noch nicht einmal fünf Jahren, stimmten wir über die Energiestrategie 2050 ab. Vier Jahre zuvor löste ein Tsunami den Reaktorunfall in Fukushima aus. Überfallartig drängten grüne Ideologien Bundesbern zu neuen Energievisionen. Im Zentrum stand der Ausstieg aus der Kernenergie bei gleichzeitiger Sicherung der Stromversorgung in der Schweiz. Ein NEIN-Abstimmungsplakat der SVP zeigte eine frierende junge Frau mit dem Titel «... mehr bezahlen und erst noch kalt duschen». Wie so oft bezichtigten die Gegner die SVP der Lüge, der Panik- und der Angstmacherei.

### Und heute?

«Strom sparen – Das kommt bei einer Stromkrise auf die Schweizer Bevölkerung zu»  
«Strommangel: Bund ruft Firmen zum Sparen auf»  
«Tipps bei Strommangel – Könnten Sie eine warme Mahlzeit ohne Strom zubereiten?»  
«Energieknappheit – Bund kann uns zum Stromsparen zwingen»  
«Bevorstehende Energiekrise – So sparst du jetzt am besten Strom»

Das sind fünf Titel der letzten Wochen aus den wichtigsten Tageszeitungen NZZ, 20min oder Der Bund.

Wie von der SVP vorhergesehen steigen die Strompreise und die Versorgung wird von Tag zu Tag unsicherer. Was uns als Energiestrategie 2050 verkauft wurde, hat diesen Namen nicht verdient.

Im zuständigen Departement UVEK unter der Leitung von SP-Bundesrätin Sommaruga und vorher CVP-Bundesrätin Leuthard wird seit Jahren dilettantisch gearbeitet; Atomausstieg, CO<sub>2</sub>-Reduktion, weg von fossilen Brennstoffen, hin zur Elektromobilität, doch weit und breit kein Plan, wie die Stromversorgung sichergestellt werden soll.

Also sensibilisieren die Bundesbehörden die Bevölkerung und die Wirtschaft für Engpässe bei der Stromversorgung. Das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern stellte kürzlich einen Ratgeber mit dem Titel «Lebensmittelzubereitung ohne Strom» vor.

Man könnte jetzt meinen, es sei positiv, dass die Energieknappheit und die drohende Strommangellage endlich erkannt und ernst genommen werden. Doch, dass der drohende Blackout neben einer Pandemie zu den grössten Gefahren zählt, könnte eigentlich in der Gefahrenanalyse des Bundes jährlich nachgelesen werden und sollte schon längst bekannt sein. Nur will ausser der SVP niemand darüber reden.

Unsere Partei hat wie so oft die richtige Lagebeurteilung gemacht. Leider folgte die Stimmbevölkerung 2017 den Verführungen der Anti-SVP-Koalition. Aber das ist uns Ansporn genug, mit voller Kraft weiterzumachen, zu hinterfragen, Fehler aufzudecken, für die richtigen Weichenstellungen Politik zu machen.

Deshalb kämpfen wir unbeirrt gegen das kantonale Energiegesetz. Die Befürworter missachten nicht nur das klare Nein des Schweizer Souveräns gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz, nein, sie schaden dem Wirtschaftsstandort Kanton Zürich, den KMU, den Hauseigentümern, den Mietern, den Zürcherinnen und Zürchern. Ich rufe Sie auf, engagiert für das NEIN zum Energiegesetz einzustehen.

Zentralismus, Bürokratie, Entmündigung, Phantastenpolitik sind auf dem Vormarsch. Die SVP steht für eine gradlinige, ehrliche und konsequent bürgerliche Politik. Für eine sichere Zukunft in Freiheit!



von  
**Benjamin Fischer**

LESERBRIEF

## Einbürgerung muss der letzte Schritt sein

Das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz (KBüG) ist vom Gedanken geprägt, dass eine frühe und rasche Einbürgerung die Integration fördert. Wir sehen hier das Pferd von hinten aufgezäumt und finden diese Überlegung falsch.

Es entspricht für uns dem gesunden Menschenverstand, der einem sagt, dass nur wer sich bereits erfolgreich integriert hat, die Möglichkeit erhalten sollte, sich einzubürgern. In der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK)

lehnte nur die SVP-Kantonratsfraktion das neue KBüG ab. Für die SVP ist sonnenklar, dass die Verleihung des Zürcher Bürgerrechts der Abschluss einer erfolgreichen Assimilation und Integration ist, nicht der Anfang. Dies und weitere Punkte aus dem neuen KBüG veranlassen uns, ein Volksreferendum anzustreben, damit die Stimmberechtigten hier das letzte Wort haben.

Christina Zurfluh  
Kantonrätin SVP, Wädenswil

Kantonrat  
Zürich

Justizkommission

Die Justizkommission des Kantonsrates sucht ein

teilmittliches Mitglied für das Obergericht (SVP)

für den Rest der Amtsdauer 2019-2025

Das Obergericht des Kantons Zürich ist Rechtsmittelinstanz in Zivil- und Strafsachen. Ihm ist das Handelsgericht angegliedert, das sich als erste Instanz mit handelsgerichtlichen Prozessen befasst. Ferner ist das Obergericht zuständig für die selbständige Justizverwaltung der zürcherischen Zivil- und Strafgerichte und des Notariatswesens.

**Anforderungen**

- Vertiefte Kenntnisse des materiellen Zivil- und Strafrechts sowie des Zivil- und Strafprozessrechts
- Mehrjährige Tätigkeit an einem Gericht
- Vertrautheit und sicherer Umgang mit juristischen Fragestellungen und Problemlösungen
- Fähigkeit zur vertieften Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen und komplizierten Sachverhalten sowie Fähigkeit, diese auf das Wesentliche zurückzuführen und verständlich darzustellen
- Verhandlungsgeschick, sicheres Auftreten, Sozialkompetenz, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreude
- Einsatzbereitschaft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Stimmberechtigung im Kanton Zürich, Alter bei Amtsantritt unter 65 Jahren
- Einwandfreier Leumund

Der Sitz wird von der Fraktion der SVP beansprucht. Die Besoldung richtet sich nach dem Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung der Besoldung der Mitglieder des Obergerichts vom 22. April 1999 (LS 212.53).  
Umfassende Informationen zum Obergericht finden Sie unter <http://www.gerichte-zh.ch/organsabonobergericht.html>. Weitere Auskünfte erteilt die Sekretärin der Justizkommission, lic. iur. Katrin Meyer, unter 043 259 20 67.

**Interessiert?**  
Dann freuen wir uns auf Ihre elektronische Bewerbung mit einem aktuellen Strafregisterauszug und einer Wohnsitzbestätigung bis zum **20. November 2021**.

## HINTERFRAGEN LOHNT SICH

## Fernwärme als Allerheilmittel?

Es ist November, die Tage werden kälter und wir heizen. Woher kommt die Wärme, die wir nun gerade wieder benötigen, bzw. die dafür aufgewendete Energie? In der Stadt Zürich gibt es einen deutlichen Trend für die Fernwärme. Man möchte diese auf Gedeih und Verderb und um jeden Preis ausbauen. Hierfür kommt nun extra am 28. November 2021 eine Vorlage vors Stimmvolk.



**Attila Kipfer**  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Zugegeben, es klingt verlockend, mit Abwärme, oder mit der für die Kehrlichtverbrennung bereits aufgewendeten Hitzeenergie, Wasser aufzuwärmen, um es dann heiss in die verschiedenen Haushalte zu pumpen, damit diese wiederum mit diesem Wasser ihr Zimmer heizen können.

Auch im Kontext der 2000-Watt-Gesellschaft\* klingt es schön und gut, wenn man sich hier auch Einsparungen im CO<sub>2</sub>-Ausstoss verspricht, wenn man anstatt einer Öl- oder Gas-Heizung auf

\* 2000-Watt-Gesellschaft: Im Jahr 2008 hat die Zürcher Stimmbevölkerung der 2000-Watt-Gesellschaft zugestimmt, welche den Gesamtstromverbrauch auf 2000 Watt und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss um eine Tonne pro Person pro Jahr reduzieren möchte.

Fernwärme umsteigen würde. Aber ist diese Technik auch wirklich effizient und rentabel?

#### Fernwärme in der Stadt Zürich

Im Jahr 1927 wurde die erste Fernwärmeleitung «Züri-West» gebaut und kurz darauf die ETH damit erschlossen. Es folgten weitere Verbindungen zunächst vorwiegend zu Hochschulen oder Spitätern bis etwa zum Jahr 1972. Ab dann wurde die Fernwärme nämlich mehr und mehr ausgebaut. Bis anhin hat die Stadt Zürich rund 6 Millionen Franken in den Ausbau des Fernwärmenetzes investiert. Heute hat jenes Netz eine Gesamtlänge von über 150 km und versorgt mit etwa 2000 Anschlüssen rund 6400 Liegenschaften. Bis zum Jahr 1999 ist die Fernwärme eher defizitär gewesen. Das Konzept der Fernwärme sieht in der Stadt Zürich folgende Wärmequellen vor:

- Abwärme aus dem Kehrlichtwerk Hagenholz
- Wärme aus dem Holzheizkraftwerk Aubrugg

– Verwendung von fossilen Energieträgern für die Deckung der Spitzenlast

Gemäss dem Konzept soll der grösste Teil der Wärme allein durch das Kehrlichtkraftwerk Hagenholz abgedeckt werden. Zurzeit gibt es neben dem Hagenholz und dem Holzheizkraftwerk «Aubrugg», welches für die Deckung der Spitzenlast vorgesehen ist, noch ein weiteres Kraftwerk, nämlich das Hilfsheiz- oder Hilfskehrlichtwerk an der Josefstrasse in Zürich. Jenes wird aber dieses Jahr noch ausser Betrieb genommen. Daher und weil man davon ausgeht, dass bis ins Jahr 2035 der Anteil des Abfalls von 240 000 t auf 360 000 t steigen sollte, möchte man im Kehrlichtkraftwerk Hagenholz eine dritte Verbrennungsanlage beschaffen und sie dann auch für die Fernwärme nutzbar machen. Zur Deckung der Spitzenlast vor allem in den kälteren Monaten wird weiterhin auf fossile Energieträger wie Öl und Gas gesetzt, um die benötigte Wärme beizubehalten und sicherzustellen.

#### Abstimmungsvorlage

Mit der aktuellen Vorlage möchte man das Fernwärmenetz stufenweise ausbauen, indem einerseits ein Kredit von 330 Mio. Franken und eine schnelle Voranschussfinanzierung von 40 Mio. Franken gewährt werden soll. Man erhofft sich so jährlich 300 000 t CO<sub>2</sub> einzusparen.

In den Quartieren Unterstrass, Aussersihl sowie den Gebieten Guggach und Zürich-West/Sihlquai soll das Fernwärmenetz in vier Etappen bis zum Jahr 2040 ausgebaut werden. Der Kredit soll gemäss Aussage des Stadtrates binnen weniger Jahre zurückgezahlt werden können, da man sich Mehreinnahmen aus den zusätzlichen neuen Anschlüssen verspricht.

Die SVP lehnt diese Vorlage klar ab, denn mittlerweile ist die Fernwärme für uns als eine sehr kostenintensive und oftmals als nicht rentable Investition anzusehen. Mit dieser Vorlage wird das Fernwärmenetz massiv ausgebaut.

Bei der Fernwärme gilt jedoch der Grundsatz, je weiter das Wasser gepumpt werden muss, desto ineffizienter ist die gesamte Leitung. Hier würde fast sämtliches Wasser im Kehrlichtwerk Hagenholz erwärmt – und von dort aus weitergepumpt werden, anstelle dass man hier auf mehrere, lokale Kraftwer-

ke setzen würde. Auch ist die Redundanz nicht sichergestellt. Was passiert, wenn das Kehrlichtwerk Hagenholz ausfällt? Gleichzeitig ist nicht klar, ob in allen drei Verbrennungsstrassen, sofern die Dritte noch gebaut wird, genug Abfall vorhanden ist und somit genug Hitze erzeugt werden kann, um dieses neue sehr grosse Fernwärmenetz mit

**«Je weiter das Wasser gepumpt werden muss, desto ineffizienter ist die gesamte Leitung.»**

heissem Wasser zu versorgen. Heute schon werden vor allem in den kälteren Monaten Lastwagenladungen von fossilen Energieträgern angeliefert und verbrannt, um die Spitzenlast zu decken. Auch erreichen uns Berichte über den Einsatz von recyceltem Karton, welcher auch schon im Hagenholz dafür verwendet wird, um die benötigte Hitze zu erzeugen.

Deswegen empfehlen wir Ihnen, sich uns anzuschliessen und diese Vorlage abzulehnen.

Vielen Dank dafür!



Das Stadtzürcher Fernwärmenetz hat aktuell eine Gesamtlänge von über 150 km und versorgt mit etwa 2000 Anschlüssen rund 6400 Liegenschaften. Pikant dabei: Zugefeuert wird regelmässig mit Öl.

#### DIE ANDERE SEITE VON ...

### Barbara Grüter

**Politische Tätigkeit:** Gemeinderätin Rorbas, Ressort Hochbau und Sicherheit; Kantonsrätin Zürich, Kommission für Planung und Bau

**Ortspartei:** Rorbas-Freienstein-Teufen

**Geboren am:** 28. Juni 1976 (das soll verflixt noch mal nicht weiter gesagt werden 😊)

**Sternzeichen:** Krebs

**Beruf:** Ich bin/war Drogistin, Polizeibeamtin, Sachbearbeiterin, Hausfrau und Mutter und sowieso «Mädchen für fast alles»

**Hobby(s):** Früher Eishockey spielen, heute Eishockey schauen

**Grösse:** so 170 cm

**Augenfarbe:** Braun, die Haarfarbe übrigens auch

**Lieblingsgetränk:** Coop naturaplan Kräuter-Eistee

**Lieblingsessen:** Ohne Witz und Klischee: Ich mag Salate und Gemüse in allen Variationen

**Lieblingslektüre:** OUTLANDER von Diana Gabaldon (Geschichte, schottische Kerle und soooo romantisch! Männer, wenn ihr bei euren Frauen punkten wollt, schaut euch mit ihnen die Serie dazu auf Netflix an!

**Was niemand von mir weiss:** Ha! Das sollte wohl auch niemals jemand erfahren ... nicht? Aber, was viele nicht wissen und ich



Barbara Grüter am Spenden-Skataton für die ZSC Lions.

verraten kann, ich mag die USA und würde gerne mal noch für länger dort leben. Offenbar habe ich dort auch noch sehr viele nahe Verwandte.

**Damit kann man mir eine Freude machen:** Ich mag schwarze Schokolade

oder einen Besuch in einem alten Schloss oder Museum für Geschichte.

**Mein Wunsch für die Zukunft:** Familie und Freunde stets gesund und glücklich zu wissen.

#### Allerlei



#### FLÄCHENDECKENDES TEMPO 30 IN DER NACHT

### Lausanner Verhältnisblödsinn

Kürzlich war in einer Reportage von Radio SRF zu hören, wie sich Lausanner über die verfügte Tempo-30-Massnahme aufregen. Einmal mehr werden angeblich grüne Massnahmen gegen die Bevölkerung durchgeführt.



Bild Marcel Herrmann

rw. Lausanne, die Stadt am Genfersee wird schon lange von links-grünen Politikern geführt. Jetzt führt sie als erste Schweizer Stadt nachts flächendeckend Tempo 30 ein. Dazu mussten rund 600 Schilder auf insgesamt 60 km Strasse angebracht werden. Jetzt dauern halt auch die Busfahrten länger. Die Taxifahrer fühlen sich mit Tempo 30 sehr behindert. Und Blaulichtfahrzeuge erhalten keine Ausnahme von der Tempo-30-Regelung. Dazu müsste erst eine Regelung im Strassenverkehrsgesetz auf Bundesebene geändert werden. Aber ungeduldig, wie die links-grüne Lausanner Regierung nun mal ist, wird das rein ideologisch motivierte Vorhaben in der fünfgrößten Schweizer Stadt nun doch umgesetzt.

#### Vorgeschobener Lärmschutz

Als Begründung wird – mangels anderer gesetzlicher Grundlagen – oftmals die Lärmschutzverordnung angeführt. Das ist allerdings ein Witz. Denn gerade Hauptverkehrsachsen dienen ja dazu, den Verkehr zu bündeln. Das Gewerbe und auch der öffentliche Verkehr sind auf funktionierende Strassenverbindungen angewiesen. Darum braucht es innerorts eigentlich Tempo 50 auf den Hauptverkehrsachsen.

Später soll in Lausanne Tempo 30 übrigens schrittweise in allen Quartieren eingeführt werden – auch tagsüber. Dazu stehen bereits 4,5 Millionen Franken bereit. Damit erhöhe sich die Lebensqualität, meint die zuständige SP-Stadträtin Florence Germond lapidar. Auch die Stadt Zürich will auf den Strassen der Limmatstadt bis 2030 Tempo 30 einführen.

Einmal mehr ist festzustellen: Rot-grün und die Mitteparteien wollen die Automobilisten schröpfen. Nicht nur mit überhöhten Parkgebühren, sondern auch mit perfiden Radarfallen und flächendeckenden Tempo-30-Zonen.

VOR VOLLEN RÄNGEN IM ZÜRCHER MUGGENBÜHL

## Warmlaufen für den Wahlkampf

Praktisch bis auf den letzten Platz war der Pavillon im Restaurant Muggenbühl besetzt. Ein grosser Teil aller

Stadtzürcher SVP-Kandidatinnen und Kandidaten waren der Einladung zum Wahlauftakt am 2. November gefolgt.

Das spricht für den Kampfegeist, mit dem die echte bürgerliche Phalanx in der grössten Schweizer Metropole nun ins Feld zieht. Nationalrat und Stadtparteipräsident Mauro Tuena brachte es auf den Punkt: «Wer gewinnen will, muss angreifen.»



Die Stadtratskandidaten Stephan Iten und Roland Scheck (rechts) sind die eigentlichen Lokomotiven im Wahlkampf.



Endlich sind wieder Anlässe wie der Wahlauftakt möglich. Motivation und Teamgeist profitieren enorm davon.

ILLNAU-EFFRETIKON

## SVP will zwei Stadtratssitze und greift Stadtpräsidium an

Nach vier Jahren ohne die SVP in der Stadtregierung will die Partei für die nächste Legislaturperiode 2022–2026 wieder Verantwortung übernehmen. An der ausserordentlichen Parteiversammlung vom 27. Oktober 2021 wurde entschieden, mit einem Zweierticket in die Erneuerungswahlen von Ende März 2022 zu starten und das frei werdende Stadtpräsidium anzugreifen.



Es braucht künftig in Illnau-Effretikon zwei SVP-Stadträte, die der bürgerlichen Politik wieder mehr Gewicht verleihen: Daniel Huber (links) und René Truninger.

Die SVP Illnau-Effretikon freut sich, den Wählerinnen und Wählern ein motiviertes und kompetentes Team zu präsentieren.

Mit Kantonsrat René Truninger und Gemeinderat Daniel Huber stellt die SVP zwei hervorragend qualifizierte Kandidaten, welche über langjährige politische Erfahrungen in diversen Ämtern verfügen. Beide Kandidaten stehen für eine bürgerliche-freiheitliche Politik ein.

Zudem kandidiert René Truninger für das Amt des Stadtpräsidenten. Der erfolgreiche Unternehmer René Truninger ist seit über 10 Jahren im Gemeinderat, wovon er 8 Jahre als Fraktionspräsident tätig ist. Als Kantonsrat be-

streitet er die zweite Legislatur, wobei er bereits in der ersten Legislatur als Präsident der Aufsichtskommission «Bildung und Gesundheit» Verantwortung übernahm. Weiter ist René Truninger ein erfolgreicher Unternehmer in der Autobranche, verheiratet und Vater von zwei Töchtern.

Bestens vernetzt – als Politiker und Landschaftsgärtner ist Daniel Huber im Jahr 2010 ins Stadtparlament gewählt worden. In dieser Zeit war er unter anderem als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und im Ratsbüro tätig.

Im Jahr 2020/2021 präsidierte Daniel Huber erfolgreich den Grossen Gemeinderat. Durch seine Ämter und sei-

nen Beruf als Landschaftsgärtner ist Daniel Huber in der Stadt sehr gut vernetzt.

Mit dem Power-Duo Truninger/Huber lässt sich die erforderliche Korrektur im Stadtrat nun einleiten. Mit der Kandidatur soll das Gleichgewicht im Stadtrat wiederhergestellt werden. Als wählerstärkste Partei hat die SVP Illnau Effretikon Anspruch auf zwei Stadtratssitze.

Die beiden Kandidaten brachten es nach der Nomination auf den Punkt: «Damit im Stadtrat wieder die ganze Bevölkerung ausgewogen vertreten ist, braucht es zwei SVP-Stadträte, die der bürgerlichen Politik wieder mehr Gewicht verleihen.»

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

## Volksabstimmung vom 28. November 2021

Eidgenössische Vorlagen

1. Volksinitiative vom 7. November 2017 «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)»	NEIN
2. Volksinitiative vom 26. August 2019 «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)»	NEIN
3. Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) (Härtefälle, Arbeitslosenversicherung, familienergänzende Kinderbetreuung, Kulturschaffende, Veranstaltungen)	NEIN

Kantonale Vorlage

1. Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 19. April 2021; Umsetzung der MuKE n 2014)	NEIN
---	------

Vorlagen Stadt Zürich

1. Kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen	NEIN
2. Kommunaler Richtplan Verkehr	NEIN
3. Rahmenkredit von 330 Millionen Franken für den Ausbau der Fernwärmeversorgung	NEIN
4. Ersatzneubau Wohnsiedlung Hardau I, Objektkredit von 70,714 Millionen Franken	NEIN

SPITZENKANDIDAT FÜRS BEZIRKSGERICHT DIETIKON

## «Man verteilt ja keine Arbeitzeugnisse auf der Strasse»

Benedikt Hoffmann steht im Schlusspurt seines Wahlkampfs. Der Zürcher Bote nahm bei ihm den Puls. Testimonials, d.h. beispielsweise griffige Aussagen von Parteifreunden zu seiner Person, sind ein wichtiger Eckpfeiler der Überzeugungsarbeit, warum er Gerichtspräsident werden soll.

Über welche Kanäle wendest Du Dich vor allem an die Wählerinnen und Wähler?

Ich verwende zunächst die klassischen Werbemittel wie Flyer und Plakate. Aber ein grosses Gewicht haben auch die elektronischen und sozialen Medien. Eine eigene Homepage ist unerlässlich.

Ebenso bin ich auf Instagram, Facebook und LinkedIn präsent.

Was wollen die Leute bei Direktkontakten jeweils von Dir wissen?

Die Leute wollen ganz verschiedene Dinge wissen. Zusammengefasst kann man sagen, dass sie wissen wollen, weshalb ich mich für das Amt des Gerichtspräsidenten bewerbe und weshalb sie mich wählen sollen.

Im Endeffekt geht es um die Wahl einer juristisch möglichst hochqualifizierten Person an die Spitze des Bezirksgerichts. Wie lässt sich diese Fachexpertise im Wahlkampf gut rüberbringen?

Die eigene Qualifikation lässt sich schwer unmittelbar rüberbringen. Man verteilt ja keine Arbeitzeugnisse und Diplome auf der Strasse. Man kann aber auf den Flyern, der Homepage und den sozialen Medien auf die eigene Berufserfahrung und Führungsausbildung hinweisen. Ebenso scheint mir wichtig, in Testimonials andere berichten zu lassen, weshalb sie mich unterstützen. Ich kann glücklicherweise auf sehr zahlreiche Testimonials zurückgreifen, die sich auf ganz verschiedene Aspekte meiner Person und meiner Qualifikationen beziehen.



Benedikt Hoffmann: «Eine eigene Homepage ist unerlässlich: [www](http://www).

## Fadegrad



von  
Ueli Bamert

## Freisinn auf Abwegen

Jahrzehntlang waren SVP und FDP trotz ihrer grossen Differenzen in der Europafrage natürliche Partner im bürgerlich-liberalen Lager. Insbesondere in Wirtschafts-, Finanz- oder Sicherheitsfragen zogen die freisinnige FDP und die konservativ-liberale SVP meist am gleichen Strick. Der gemeinsame Feind, so viel stand fest, befand sich links. Marktwirtschaft, Freiheit, Eigenverantwortung – das war jahrelang die Klammer, die das bürgerliche Bündnis zusammenhielt.

Diese Zeiten scheinen längst vergangen, denn immer weiter entfernt sich die einst staatskritische FDP von ihren liberalen Grundsätzen. Ein besonders irritierendes und gerade deshalb exemplarisches Beispiel dafür, wie weit die FDP inzwischen vom rechten Weg abgekommen ist, zeigt eine Episode aus dem Zürcher Gemeinderat: Auf dem Programm stand die Verteilung der städtischen Kultursubventionen. Für das Theater Rigiblick im Zürcher Kreis 6, das bereits heute jährlich über 530 000 Franken vom Steuerzahler erhält, beantragte der rot-grüne Stadtrat eine Aufstockung der Subventionen um 45 000 Franken. SVP und GLP lehnten diese völlig ungerechtfertigte Erhöhung wie erwartet ab. Nicht so die FDP-Fraktion, die sich überraschend für den unnötigen Zustupf aussprach. Und als ob dies nicht genug wäre, stellte sie sogar den Antrag, den Jahresbeitrag gleich um 105 000 Franken zu erhöhen. Ausgerechnet die einst so staatskritische FDP, die eigentlich jegliche Kultursubventionen ablehnen müsste, würde sie ihre urliberalen Prinzipien noch ernst nehmen.

Vollends abstrus wird es, wenn man sich die Begründung des freisinnigen Antrags vor Augen führt: Das Theater Rigiblick zähle 40 000 zahlende Zuschauer pro Jahr und sei zu über 90% ausgelastet. Ein Erfolg, den man belohnen wolle, so der FDP-Sprecher. Man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen: Ausgerechnet diejenigen, die wirtschaftlich erfolgreich sind, sollen mit zusätzlichen Subventionen belohnt werden. Auf den Gedanken, dass sich eine Kultureinrichtung auch einfach aus ihren Ticketeinkünften finanzieren könnte, ohne Almosen vom Staat annehmen zu müssen, kommt in linksliberalen Kreisen heutzutage offenbar niemand mehr. Lieber gibt man munter das Geld aus, das andere verdient haben – bis anhin eigentlich die Lieblingsbeschäftigung von Linken und Grünen. Übrigens: Glauben Sie nicht, ich würde mich über den jämmerlichen Zustand der FDP freuen. Viel lieber wäre es mir, wenn die bürgerliche Allianz der Vernunft zwischen der SVP und der FDP irgendwann wieder besser funktionieren würde. Denn eines gilt nach wie vor: Der wahre Feind steht links. Und der setzt seine Interessen nahezu ungehindert durch – während sich die Bürgerlichen in den Haaren liegen.

## Pferde, Faktenverweigerer und Clowns

An der Ratsitzung vom 3. November wurden Geschäfte aus dem Departement der industriellen Betriebe behandelt. Uferlose Forderungen! Es wurde u. a. von einer Grünen verlangt, dass «die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Toiletten gewährleistet werden soll». Die Stadt Zürich budgetiert 160 Mio. Franken Defizit, hat 10 Mia. Franken Bruttoschulden, trotzdem Ausgaben der öffentlichen Hand wie in einer Wohlstandsverwahrlosung. Wie verschwenderisch und unglaublich das rot-grüne Polit-Establishment agiert, von dem möchte ich nachfolgend berichten.

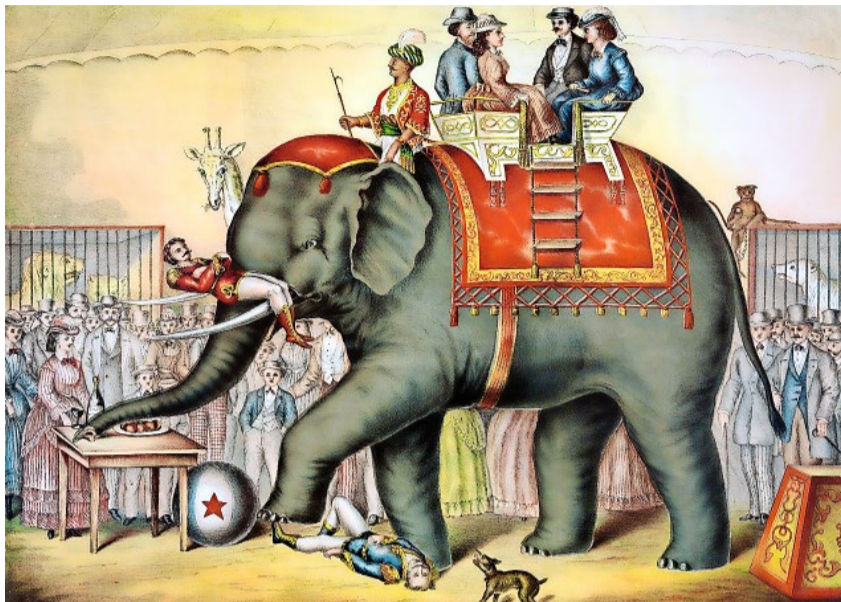


Martin Götzl  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Über 100 Jahre Zirkus Knie. Sie gelten als «Royals der Schweiz» und ziehen mit Zelt und Wagen durchs Land. Nach den coronabedingten Einschränkungen nun auch wieder in Zürich vor Ort. «Freude herrscht», so denken die einen. Andere bedauern, dass der Zirkus vor Ort ist. Dies sind rot-grüne Stadtpolitiker, welche den Zirkus mit unhaltbaren Vorwürfen (immer wieder) belasten. Nun der Reihe nach, wie man versucht, den Zirkus Knie zu desavouieren.

### Die Forderungen der Linken

«Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, wie er verhindern kann, dass an Zirkusvorstellungen in der Stadt Zürich Tiere zum Einsatz kommen.» Begründet wird diese Forderung (GR. Nr. 2019/225) damit, dass dies «bei den Tieren physisches sowie psychisches Leid verursacht». Nun kann man selbstverständlich dieser Meinung sein. Aber man muss die Tatsachen pro und contra kennen und abwägen. Was nicht geht und unglaublich ist, wenn man nur jene Dinge berücksichtigt, welche man persönlich als angenehm betrachtet, und wissenschaftliche Fakten komplett ausblendet. So machen dies die Stadt-Linken rege bei ihren Themen, so bspw. bei der Klimahysterie.



Früher mag es anders gewesen sein. Doch heute und vor allem beim Zirkus Knie und seinen Pferden ist die Haltung vorbildlich.

Bild Pixabay

### Emotional: die damalige Debatte vom 27.01.2021

Sogar der Stadtrat lehnte die Entgegennahme des Postulats ab. Er führte dazu aus: «Der Tierschutz ist wichtig und in der Bevölkerung gut verankert. Deshalb haben wir in der Schweiz gute und strenge Gesetze. Wie Tiere zu schützen sind, ist sowohl im eidgenössischen wie auch im kantonalen Gesetz geregelt, diese gehören zu den strengsten Tierschutzgesetzen der Welt.» Aus unserer Fraktion wurde votiert mit: «Die Pferde im Zirkus Knie werden gut gehalten, dass Fredy Knie zu einer Ikone der Pferdehaltung geworden ist. Auch als Laie kann ich erkennen, dass Knie seine

Pferde ausserordentlich gut behandeln muss. Wenn die Linke so weitermacht, sind bald Hunde und Katzen verboten.»

### Zirkus Knie gibt transparent Einblick

Transparenz, Einblick in die Tierhaltung – das genau lebt der Zirkus Knie. Eingeladen zu einer Informationsveranstaltung hat die Stiftung Pro Pferd im Zirkus Knie am Donnerstag, 28.10.2021. Von den bürgerlichen Parteien waren mehrere Gemeinderäte vor Ort, nicht aber von den Linken, welche einige Monate zuvor schwerste Vorwürfe erhoben haben. Glanz und Gloria der kritisierenden Abwesenheit. Offensicht-

lich scheut man eine neutrale und kontradiktorische Diskussion. Das ist typisch, wie die Linken die Welt verstehen: Es passt nicht in ihr Weltbild, dass Pferde im Zirkus gezeigt werden, dann werden Unwahrheiten und Hysterie verbreitet und Fakten ignoriert.

### Ausgewiesene Referenten vor Ort

Die (neutralen) Referenten aus Wissenschaft und Forschung waren: Martin Wipfli, Präsident Stiftung Pro Pferd. Anton Fürst, Prof. Dr. med. vet., Direktor Klinik für Pferdechirurgie, Vetsuisse-Fakultät, Universität Zürich. Ruth Herrmann, Tierärztin, Dipl. Verhaltensmedizinerin STV. Christa Wyss, Dipl. Ing. Agr. ETH Zürich, Agroscope, Schweizer Nationalgestüt SNG, Avenches. Brigitte von Rechenberg, Prof. Dr. med. vet., Dipl. ECVS Tierschutz beim Pferd in der Schweiz. Sandra Schaefer, Dipl. Zoologin, Fachstelle Pferde, Schweizer Tierschutz STS. Fredy Knie jun.

All diese Referenten waren durchaus kritisch, haben jedoch mit ihren Ausführungen aufgezeigt, dass die Pferdehaltung durch den Zirkus Knie vorbildlich und tiergerecht stattfindet.

### Fazit: Pferde, Faktenverweigerer und Clowns

Möge der Zirkus Knie weiterhin vorbildliche Pferdehaltung betreiben und damit viele Menschen erfreuen.

Die aufgeplusterten Faktenverweigerer der Ratslinken, welche zwar knallhart anprangern, aber vorsätzlich Faktenkenntnisse ignorieren, verspielen Glaubwürdigkeit und sind im Sinne des Wortes – im Zirkus nicht brauchbare Clowns.

## AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

## Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze

An der Gemeinderatssitzung vom 1. November wurde die neue Finanzhaushaltsverordnung gutgeheissen und ein Kredit zur Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze bewilligt. Der Nichtbezug von Sozialhilfe stellt im Gegensatz zur linken Ratsseite für die SVP kein Problem dar.



Daniel Oswald  
Gemeinderat SVP  
Winterthur

Seit 1995 gilt das ehemalige Sulzer-Areal in Oberwinterthur mit den angrenzenden Gebieten des Quartiers Neuhegi-Grüze als Entwicklungsgebiet von kantonalen Bedeutung. Seit dann ist unbestritten, dass dieses Gebiet nur ungenügend erschlossen ist. In den letzten 25 Jahren wurden im besagten Quartier Hunderte von Wohnungen gebaut und ebenso viele befinden sich im Bau.

Glücklicherweise haben die ansässigen Unternehmen auch weiter ausbauen können. Das alles hat logischerweise ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zur Folge. Entgegen den gesetzlichen Vorgaben wurde die erforderliche und unbestrittene Erschliessung aber nicht gelöst. Im Gegenteil. Mit viel Geld wurde die Kapazität der Frauenfelderstrasse massiv reduziert. Der Ausweichverkehr hat in dieser Zeit massiv zugenommen. Unsere Nachbargemeinden sind die Leidtragenden, führen doch die Ausweichrouten, welche in Hegi in die Stadt münden, über die Gemeindegebiete von Wiesendangen und Elsau.

Vor gut 10 Jahren legte die Stadt Winterthur eine neue oberirdische Strassenführung entlang dem Rückhaltebecken und quer durch das Quartier Hegi vor. Diese Lösung stiess auf totalen Widerstand. Gemeinsam fand man aber eine neue Lösung mit einer unterirdischen Linienführung, welche nun auch



Der Ausweichverkehr hat massiv zugenommen. Unsere Nachbargemeinden wie z.B. Wiesendangen sind die Leidtragenden.

Bild Wikipedia

rechtsgültig im kantonalen Richtplan eingetragen ist. Das Baudepartement stellt diese Lösung jedoch wieder infrage, weil die unterirdische Linienführung durch eine Grundwasserzone führt und das Tunnelportal in Hegi zu steil ausfallen würde. Es liegen nun weitere Ideen zur Linienführung vor. Um die offenen Fragen zu klären, bewilligte das Parlament einen Kredit von 1,5 Mio. Franken für die Ausarbeitung einer vertieften Vorstudie zur Zentrumserschliessung.

Die Einwohner von Wiesendangen, Elsau und Hegi müssen schon zu lange auf eine Lösung warten. In der Debatte forderten wir den Stadtrat auch auf, die Nachbargemeinden in die weiteren Arbeiten einzubeziehen. Eine Lösung finden wir nur mit und nicht gegen den Willen unserer Nachbarn.

### Finanzhaushaltsverordnung

Aufgrund der neuen Gemeindeordnung, welche Anfang 2022 Kraft tritt, war eine Teilrevision der Finanzhaushaltsverordnung erforderlich, welche am 1. November angenommen wurde. Zwei zentrale Anliegen fanden leider keine Mehrheit. Die SVP beantragte, bei den Globalkrediten vom System der Nettokredite auf die Bruttokredite zu wechseln.

Dies ist ein zwingender Schritt, um gegen die überproportional wachsenden Ausgaben der Stadt Winterthur Massnahmen einleiten zu können. Zweimal im Jahr präsentiert der Stadtrat in der Aufsichtskommission eine Hochrechnung. Diese Informationen dürfen aber gemäss aktueller Lesart nicht in einer öffentlichen Debatte verwendet werden.

Dies ist sehr stossend und widerspricht zudem dem Öffentlichkeitsprinzip. Wir bleiben an diesen beiden Themen dran.

### Nichtbezug von Sozialhilfe

In der Interpellationsantwort werden eine Genfer und eine Berner Studie zum Thema erwähnt. Daraus abgeleitet geht das Sozialdepartement davon aus, dass es in Winterthur potenziell 700–800 Personen gibt, welche Sozialhilfe beziehen könnten, dies aber nicht tun.

Die in der Genfer Studie empfohlenen Massnahmen werden in Winterthur bereits angewandt. Der Berner Studie ist zu entnehmen, dass im kantonalen Schnitt 25% der Berechtigten keine Sozialhilfe beziehen.

In den städtischen Gebieten sind es rund 12% Ich meine, daraus lässt sich auch ableiten, dass die Bedürfnisse in städtischen und ländlichen Gebieten sehr unterschiedlich sind. Die SVP Winterthur sieht hier auch einen Beweis für die umfangreichen Vorteile des Föderalismus.

Leider liegen keine Informationen zur beruflichen und geografischen Herkunft der «Nichtbezügler» vor. Daraus liesse sich bestimmt noch die eine oder andere Schlussfolgerung über eine wirkungsorientierte Sozialhilfe ableiten.

Es ist richtig und wichtig, dass wir eine Sozialhilfe haben. Wir dürfen diese aber nicht zum Zwangskonsum erklären. Auch wenn das nicht alle verstehen wollen.

Der Staat ist nicht der Glücksbringer für alle seine Einwohner und er darf sich auch nicht dahin entwickeln. Solches ist konsequent zu bekämpfen. Für die SVP-Fraktion stellt der Nichtbezug von Sozialhilfe kein Problem dar. Wir sehen keinen zusätzlichen Handlungsbedarf.

KAMINFEGER UND ENERGIEGESETZ

## Wie man einen ganzen Berufsstand an die Wand fährt

Der Kaminfeger bringt bekanntlich Glück. Dem Berufsstand selbst wird das kantonale Energiegesetz, so es angenommen wird, viel Ungemach bereiten. An einer Medienkonferenz der breiten Allianz gegen das missratene Energiegesetz Ende Oktober referierte nebst den SVP-Kantonsräten Ueli Bamert und Martin Hübscher auch Werner Zbinden, Präsident des Kaminfegermeister-Verbands des Kantons Zürich. Er verwies auf die gravierenden Folgen für seine Berufskollegen und zeichnete zurecht ein düsteres Bild für die Zu-

kunft «Durch die abschreckenden Vorschriften wird es an Nachwuchs im Beruf fehlen.»

Hinzu kommt, dass bei vielen Häusern der Einbau einer Wärmepumpe gar nicht sinnvoll ist. Deshalb gibt es nur einen vernünftigen Weg: Die Eigentümer sollen auch weiterhin selbstständig entscheiden können, wie sie ihr Eigentum beheizen.

Zbinden rief die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger folgerichtig dazu auf, am 28. November ein deutliches NEIN einzulegen.



Ein Ja zum Energiegesetz brächte einen traditionsreichen Berufsstand in arge Nöte. Es ist davon auszugehen, dass massive Nachwuchsprobleme auftreten.

Bild Pixabay

LESERBRIEF

### Bürgerliche Optik in Zeitung: War dieser Bericht ein Tagtraum?

«Politischer Streit um Gewalt gegen Frauen» titelte der Zürcher Unterländer (ZU) am 21. Oktober. Ich traute meinen Augen kaum, als ich den titelerwähnten Bericht im ZU las. Was für ein Sinneswandel hat da über Nacht stattgefunden? Statt Tatsachen zu verschweigen, wird endlich ein aktuelles und äusserst brisantes Thema, der Femizid, sachlich mit den Anliegen und den Zielen der SVP aufgegriffen.

Wo bleibt in diesem Artikel das verbarrikadierte Denken und die systematisch falsch liegende Beurteilung von unseren unkritischen und staatsgläubigen, linken und grünen Journalisten und Medien? War der Artikel ein Tag-

traum oder ein Anreiz für die 25% der bürgerlichen Journalisten, um sich mit einem neujustierten Wahrheitsfilter und mit offenem Visier mit den wahren Bedürfnissen der Bevölkerung auseinanderzusetzen?

Folgt nun Politik und Journalismus mit Verantwortung und Rückgrat oder weiterhin die gewohnte duckmäuserische und unkritische Berichterstattung mit dem Kniefall und Einknicken vor den Behörden?

Ich jedenfalls würde mich über vermehrte Berichte aus dem bürgerlichen Journalistenlager freuen.

Walti Dietrich, Alt GR Bachenbühlach

LESERBRIEF

### Tempo-30-Zone Stadt Zürich

Wir als Unternehmen haben die neuen Mercedes-Kastenwagen mit Automatikgetriebe. Das folgende Problem betrifft aber auch andere Fahrzeuge: Die modernen Fahrzeuge schalten nach Drehzahl in der Tempo-30-Zone automatisch in den 1. Gang, was einen deutlichen Lärm verursacht. Erst ab 40 km/h kann man in den 2. Gang schalten. Ich selber habe eine Wohnung in einer Tempo-30-Zone und der Lärm ist um 50 bis 70% gestiegen.

Ich bezweifle, dass es weniger Unfälle gibt. Ich denke eher mehr, weil ich schon mehrmals beobachtet habe, dass die Autofahrer und Velofahrer weniger

konzentriert sind, und der Airbag erst bei 35 bis 40 km/h auslöst. Wenn ein SUV oder Lieferwagen oder Lastwagen mit höherer Motorhaube mit einer Person kollidiert, sind auch in der Kabine schwere Verletzungen mit 30 km/h wahrscheinlich. Denn der Airbag löst nicht aus.

Vor allem aber sollten sich die Velofahrer und E-Biker vernünftiger im Strassenverkehr verhalten und nicht in einer Tempo-30-Zone Autos mit 40 bis 50 km/h rechts überholen. Für die Grünen ist das allerdings offensichtlich kein Thema.

Urs Castelberg, Zürich

LESERBRIEF

### NEIN zum Covid-19-Gesetz

Mit der neuerlichen Abstimmung vom 28. November 2021 über die anhaltenden, unverhältnismässigen und bisweilen rechtswidrigen Corona-Schutz- und Hygienemassnahmen erhalten wir eine zweite Chance, NEIN zu sagen. Genau wie einst die alten Eidgenossen zu Wilhelm Tells Zeiten liegt es auch an uns (dem Volk und Souverän), die Herrschenden wieder zur Besinnung zu bringen. Im Gegensatz zu damals herrschen Vögte und Tyrannen nicht mehr von Schlössern und Burgen herab aufs «gemeine Volk», sondern sitzen an den Schalthebeln in Bern, den jeweiligen Kantonsregierungen und in den von uns Steuerzahlern bequem eingerichteten Büroräumlichkeiten der ausufernden Verwaltung.

Während nunmehr über 18 Monaten herrscht hierzulande ein unwürdiges Treiben. Direktdemokratische Grundrechte (u.a. die Versammlungs-, Rede- und Gewerbefreiheit) werden durch polizeiliche Massnahmen unterbunden bzw. stark eingeschränkt. Wer sagt, was er zum Thema denkt, wird als Querulant, Verschwörungstheoretiker – ja gar am Tode von den angeblich Abertausenden an oder mit Corona Verstorbenen mitverantwortlich gemacht. Fakt ist, dass bei den angeblich über 11 000 an oder mit Corona Verstorbenen weniger als 100 Personen (!) unter 50 Jahre alt waren. Tyrannisiert durch all die getroffenen Massnahmen wird aber die gesamte Bevölkerung!

Selbst als Kantonsparlamentarier erhält man auf entsprechende Fragen keine konkreten Antworten, wird mit pauschalen Floskeln zugedeckt – Kritik unerwünscht! Die Grundlage für derartige Einschränkungen unserer Grundrechte mit all den absurden Massnahmen fehlt somit bis heute. Es gab und gibt keine Evidenz für all das Verbrechen, was uns als bisweilen freie Bürger in einem freien Land angetan wurde. Gegipfelt im indirekten Impfwang,

verbunden mit der totalitären Zertifikatspflicht. Soll sich doch jeder und jede reinspritzen, was er oder sie möchte, aber bitte lasst alle in Ruhe, welche bewusst darauf verzichten.

Komisch auch, dass hier das Wort Diskriminierung von offizieller Seite nie ins Feld geführt wird. Während man an unseren Schulen im Sportunterricht nicht einmal mehr das Spiel: «Wer hat Angst vom schwarzen Mann? ...» durchführen darf – demgegenüber aber in Zeiten des Gender-Wahnsinns alle Minderheitsformen und Arten an unseren Schulen hochlebt und in die Köpfe der Jugendlichen implementiert! – können wir als Ungeimpfte kurzerhand aus Teilen und Bereichen des öffentlichen Lebens auf diskriminierende Art und Weise ausgeschlossen werden.

Spätestens bei den nächsten Wahlen sind Politikerinnen und Politiker, welche sich gegen unsere Freiheit und unsere verfassungsmässigen Grundrechte aussprachen und sich weiterhin als moderne Tyrannen und Vögte aufspielen, aus Amt und Würden zu entfernen. Konsequenz und Querbeet über alle Parteien hinweg!

So schworen sich einst die alten Eidgenossen auf dem Rütli: «Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben. Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.» Es reicht! Lassen wir den Freiheitsgedanken von damals wieder hochleben.

Es wird Zeit, dass wir unsere Freiheit und verfassungsmässigen Grundrechte endlich wiedererlangen. Stimmen wir am 28. November 2021 überzeugt und voller Inbrunst NEIN zum gefährlichen Covid-19-Gesetz.

Bernhard Diethelm, Vorderthal SZ  
SVP-Kantonsrat/nicht geimpft

LESERBRIEF

### Fahrradfahren: Wo bleibt die Verkehrsabgabe?

Im Verkehrsabgabe-Gesetz vom 11. September 1966 ist geregelt, welche Fahrzeuge Verkehrsabgaben entrichten müssen. Weiter steht geschrieben, dass Fahrräder und deren Anhänger sowie Fahrzeuge mit ausschliesslich elektrischem Antrieb abgabefrei sind. Dass Fahrzeuge, die die öffentliche Infrastruktur nutzen, Verkehrsabgaben bezahlen müssen, ist für mich logisch. Was mir jedoch nicht klar ist, warum Fahrradfahrer von einer Verkehrsabgabe befreit sein sollten.

Sie benützen den Strassenraum mittlerweile genauso wie der gesamte übrige Verkehr. Grosse Teile des öffentlichen Verkehrsnetzes sind für Fahrrad-

fahrer ausgeschieden worden. Auto, Töff, Liefer- und Lastwagen müssen heute die Strassen mit den Radfahrern teilen. Nicht zu vergessen sind die Fussgänger, die nicht nur von Auto, Töff, Liefer- und Lastwagen bedroht sind, sondern zunehmend durch Radfahr-Raser, die sich kreuz und quer durch den Verkehr drängen, zum Teil sogar auf den Trottoirs, und so ihre Sicherheit erheblich gefährden. Diese Situation finde ich unhaltbar. Mehr noch, ich bin der Meinung, dass eine Verkehrsabgabepflicht für Radfahrer unabdingbar ist.

Heidi Jucker, Adliswil

LESERBRIEF

### Kohäsionsmilliarde

Erpressung ist so definiert: Bei der Erpressung versucht jemand, sich selbst oder Dritte rechtswidrig durch Gewalt oder durch Androhung eines empfindlichen Übels zuzulasten eines anderen zu bereichern.

Genau das macht die EU mit der Schweiz. Die EU fordert, dass sich die Schweiz für regelmässige Kohäsionszahlungen verpflichtet und den Betrag klar als Preis für die Teilnahme am Binnenmarkt deklariert. So steht es in der ZSZ von Montag, 25. Okt. 2021.

Diese Forderung will die EU im Memorandum of Understanding, in unserer Sprache ausgedrückt, Absichtserklärung regeln. Diese erpresserische Haltung der EU zeigt, wie es in der EU zu und her geht. Die äusserst grosszügige, verschwenderische Ausgabenpolitik der EU soll mit Steuergeldern von Ländern, die vorsichtiger mit ihren Ausgaben umgehen, abgedeckt werden.

Ich finde, genug ist genug. Es ist höchste Zeit, dass unsere Politiker für unser Land einstehen und die Schweizer Bürger und Bürgerinnen vor Erpressern wie der EU schützen. Dieser Weg wird nicht einfach zu begehen sein. Doch mit Mut, Durchsetzungskraft und Wille lassen sich die grössten Steine wegschieben.

Ich fordere die Parteien dazu auf, endlich Schritte zu unternehmen, damit das Volk in Zukunft über Auszahlungen von Kohäsionsmilliarden abstimmen kann. Nicht zuletzt, um deren Einsatz überprüfen zu können. Wie schon erwähnt stammen die Gelder schliesslich vom Steuerzahler.

Heidi Jucker, Adliswil

LESERBRIEF

### Corona – die BAG-Variante

Die letzte Corona-Variante nennt man Delta. Eine Variante hat man in den Medien vergessen, die BAG-Variante. Seit fast zwei Jahren sind Sprecher des BAG tagtäglich mit ihren Aussagen, sich impfen zu lassen, in allen Medien vertreten. Jeder äussert sich nach den BAG-Richtlinien. Dann kommt seine eigene Meinung zu dieser Situation. Ich bitte die bald ungläubwürdigen BAG Vertreter inklusive Bundesrat Berset, die Menschen in Eigenverantwortung handeln zu lassen.

Sie nicht dauernd unter Druck zu setzen, sich unbedingt impfen zu lassen. Das Volk hat bald genug und «die Nase voll» von diesen Szenarien. Das BAG soll die Menschen aufklären, welche Wirksamkeit und Nebenwirkungen die verschiedenen Impfstoffe kurz und langfristig haben. Jeder Impfstoff hat sein eigenes Rezept, der nicht bei jedem Menschen das gleiche bewirkt. Ein noch unbekannter Impfstoff wird normalerweise erst in ca. 3–5 Jahren von der Swissmedic freigegeben. Man muss sich fragen: Wie wurden diese Impfstoffe in so kurzer Zeit geprüft und für die Bekämpfung der Corona-Viren freigegeben?

Ich hoffe, dass ab Dezember 2021 bei verschiedenen Branchen ein 3G-Zertifikat geimpft, genesen oder getestet nicht mehr benötigt wird.

Richard Schmid, Niederglatt

#### Josef Kressibucher AG

Forstbaumschule  
Ast 2  
8572 Berg TG  
Tel. 071 636 11 90  
www.kressibucher.ch



#### Forstpflanzen einheimische Pflanzen

- für Ergänzungspflanzungen
- für Aufforstungen
- mit diversen Herkünften

#### Wildgehölze einheimische Pflanzen

- für naturnahe Hecken
- für Vogelschutz und Bienenweiden

#### Wildverbisschutz

- dazu passende Pfähle aus CH-Holz
- oder auch Akazienpfähle

#### Heckenpflanzen

- für geschnittene Hecken



**SVP-STAMM**

**Bezirk Andelfingen/Andelfingen**  
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat (ohne Januar und April), ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

**Stadt Winterthur/Oberwinterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 bis 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 4 und 5**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

**Bezirk Meilen/Küsnacht**  
Mittwoch, 17. November 2021, 20.15 Uhr, Informationsabend, Limbergsaal, Wangen 5, Forch, mit Brigadier Peter Soller: Warum die Schweiz ein neues Militärflugzeug braucht. Anschliessend Wurst und Brot.

**Bezirk Meilen/Zollikon**  
Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr, Sessionsrapport, Kantine im Eggä/Gewerbezentrum, Gustav-Maurer-Strasse 10, Zollikon, mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Gregor Rutz. Anmeldung bis 4.11. an [christopher@linter.ch](mailto:christopher@linter.ch)/Zertifikatspflicht.

**Bezirk Pfäffikon / Russikon**  
Dienstag, 9. November 2021, 19.30 Uhr, Parteiversammlung, Landgasthof zur Krone, kleiner Saal, Russikon. Zertifikatspflicht.

**Stadt Winterthur**  
Sonntag, 7. November 2021, 10.00 Uhr, Spaghetti-Plausch, Lokalität noch offen, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Freitag, 10. Dezember 2021, 09.00 Uhr, Chlausabend, Lokalität noch offen, Winterthur-Wülflingen.

**Stadt Zürich/Kreis 1 und 2**  
Samstag, 6. November 2021, 09.30–12.00 Uhr, Standaktion, vor dem Coop, Zürich-Wollishofen, u.a. mit Kantonsrat Ueli Bamert.

Samstag, 13. November 2021, 09.30–12.00 Uhr, Standaktion, Morgental, Zürich-Wollishofen, u.a. mit Kantonsrat Ueli Bamert.

Samstag, 20. November 2021, 09.30–12.00 Uhr, Standaktion, vor dem Coop, Zürich-Wollishofen, u.a. mit Kantonsrat Ueli Bamert.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 9. November 2021, 19.30 Uhr, Podium zu den Abstimmungen vom 28. November 2021, Gemeindesaal, Bonstetten, u.a. mit alt Nationalrat Hans Egloff, Präsident HEV Schweiz.

**Bezirk Bülach**  
Freitag, 5. November 2021, 19.00 Uhr, SVP-Herbstfest, Boccia-Club, Feldwiesstrasse 13, Höri, mit Nationalrat Franz Grüter und Kantonsrat Matthias Hauser. Es besteht eine Covid-Zertifikatspflicht. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.svp-bezirkbuelach.ch](http://www.svp-bezirkbuelach.ch).

**Einladung zum Informationsabend**

**Warum die Schweiz ein neues Militärflugzeug braucht**

Es informiert Sie

**Brigadier Peter Soller**

Kommandant Lehrverband Fliegerabwehr 33

**Mittwoch, 17. November 2021, 20.15 Uhr  
Limbergsaal, Wangen 5, 8127 Forch**

Moderator: Andreas Schürer, Geschäftsführer Rivedia GmbH (ex NZZ)

Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein. Im Anschluss an das Referat werden eine Wurst mit Brot sowie ein Mineralwasser oder Bier offeriert.

Die zum Zeitpunkt geltenden behördlichen Vorschriften/Massnahmen werden an diesem Anlass eingehalten.

[www.svp-kuesnacht.ch](http://www.svp-kuesnacht.ch)



**Einladung zum Sessionsrapport  
Aktuelles aus Bundesbern**



**Gregor Rutz**  
Nationalrat

**Barbara Steinemann**  
Nationalrätin

**Montag, 8. November 2021, 19.00 Uhr**

Kantine im Eggä / Gewerbezentrum Zollikon. Gustav Maurer-Str. 10. 8702 Zollikon

Alle sind herzlich willkommen – auch Nichtmitglieder!

Anmeldung an [christopher@linter.ch](mailto:christopher@linter.ch) / Zertifikatspflicht

[svp-zollikon.ch](http://svp-zollikon.ch)



**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer**

ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

**Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx](http://www.zbv.ch/Zuercherbauer/inserate.aspx). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Thomas Ammann, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Elisabeth Liebi, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Donnerstag, 13. Januar 2022, 09.30 Uhr, Wahlkampfveranstaltung, Lokalität noch offen, Zürich, mit Stadtratskandidat Roland Scheck.

**Stadt Zürich/Kreis 3**  
Samstag, 6. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schmiede Wiedikon, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Goldbrunnenplatz, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schmiede Wiedikon, Zürich.

Donnerstag, 6. Januar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 8. Januar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Donnerstag, 13. Januar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 15. Januar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Donnerstag, 20. Januar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 22. Januar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Donnerstag, 27. Januar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 29. Januar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Donnerstag, 3. Februar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 5. Februar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Donnerstag, 10. Februar 2022, 17.00 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

Samstag, 12. Februar 2022, 09.30 Uhr, Standaktion, Ort noch offen, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 4 und 5**  
Samstag, 20. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Limmatplatz, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Samstag, 6. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schaffhauserplatz, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 7 und 8**  
Samstag, 6. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Hottingerplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Höschgasse, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kreuzplatz, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 9**  
Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Donnerstag, 11. November 2021, 17.00–19.00 Uhr, Standaktion, beim Albsriederhaus, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

Donnerstag, 18. November 2021, 17.00–19.00 Uhr, Standaktion, beim Albsriederhaus, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Altstetten.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 6. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 13. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 27. November 2021, 10.00–12.00 Uhr, Standaktion, Kappenbergweg, Zürich-Höngg.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 6. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 13. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 20. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Freitag, 26. November 2021, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro mit Kantonsrat und Fraktionspräsident Martin Hübscher, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich. Thema: Die Auswirkungen im Kanton Zürich, wenn Rot-Grün dominiert.

Samstag, 27. November 2021, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 8. Januar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 15. Januar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 22. Januar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 29. Januar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 5. Februar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 12. Februar 2022, 09.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 6. November 2021, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 13. November 2021, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 20. November 2021, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Samstag, 27. November 2021, 08.30 Uhr, Behördenagentur «Blackout – Fiktion oder bald Wirklichkeit?», Restaurant Rössli, Kempthalstrasse 52, Illnau, mit Herbert Sauregg, internationaler Blackout- und Krisenvorsorgeexperte, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV). Anmeldung bis 5.11. unter [www.svp-zuerich.ch/tagung](http://www.svp-zuerich.ch/tagung). Zertifikatspflicht.